



Parlamentarischer Vorstoss

Antwort des Regierungsrates

Vorstoss-Nr.: 248-2020
Vorstossart: Motion
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2020.RRGR.319

Eingereicht am: 16.09.2020

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Bauer (Wabern, SP) (Sprecher/in)
Ammann (Bern, AL)
Streit-Stettler (Bern, EVP)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Ja
Dringlichkeit gewährt: Ja 26.11.2020

RRB-Nr.: 111/2021 vom 03. Februar 2021
Direktion: Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat: **Ablehnung**

Evakuieren jetzt! Geflüchtete aus Griechenland brauchen unseren Schutz

Der Regierungsrat wird beauftragt, beim Bund vorstellig zu werden und seine Bereitschaft zu signalisieren, zusätzlich zum gesetzlich definierten Verteilschlüssel (Art. 21 Asylverordnung 1) ein Kontingent von Geflüchteten, die in Griechenland gestrandet sind, aufzunehmen. In der Schweiz soll ihr Asylgesuch danach regulär behandelt werden.

Begründung:

Auf den griechischen Inseln in der Ägäis ereignet sich vor unseren Augen eine humanitäre Katastrophe. Mehrere zehntausend Geflüchtete aus Kriegs- und Konfliktgebieten sind dort gestrandet, ohne dass sie Schutz erhalten. Die medizinische Versorgung ist nicht gewährleistet, und selbst das Recht auf ein Asylgesuch ist zeitweise ausgesetzt. Besonders dramatisch ist die Situation im Camp Moria auf der Insel Lesbos.

Der griechische Staat ist nicht in der Lage, die grosse Anzahl Geflüchtete angemessen zu betreuen und die Asylgesuche in sinnvoller Zeit zu bewältigen. Diese Situation ist sehr problematisch. Nun müssen alle europäischen Staaten ihre Verantwortung wahrnehmen und den griechischen Staat entlasten helfen. Aufgrund ihrer geographischen Lage im Herzen Europas ist die Schweiz nicht gleichermassen mit Asylgesuchen konfrontiert wie die Länder an den Aussengrenzen und profitiert deshalb in hohem Masse vom Dublin-System.

50 000 Schweizerinnen und Schweizer haben diesen Frühling den Osterappell «Evakuieren jetzt!» unterzeichnet. Der Appell ruft den Bundesrat und das Parlament eindringlich dazu auf, möglichst viele Geflüchtete aus der Ägäis in die Schweiz zu holen. In der Motion 20.3143 «Aufnahme von Flüchtlingen aus Griechenland sowie Reform des Dublin-Abkommens» fordert das nationale Parlament, dass die Schweiz mehr

tun muss. Und bereits haben mehrere Schweizer Städte mehrfach dem Bund ihre Bereitschaft signalisiert, Geflüchtete aus den Camps in Moria und Lesbos direkt aufzunehmen.

Für das Unterbringen der Asylsuchenden sind im Schweizer System die Kantone zuständig. Die Zuweisung in die Kantone erfolgt nach einem gesetzlich definierten bevölkerungsproportionalen Verteilschlüssel. Die Bereitschaft des Kantons Bern, zusätzlich zum definierten Verteilschlüssel Geflüchtete aufzunehmen, ist ein wichtiges Angebot an den Bundesrat, mit der Unterstützung eines grossen Kantons die Direktaufnahme von Geflüchteten endlich möglich zu machen. Dies könnte auch andere Kantone dazu bewegen, sich anzuschliessen und einen Beitrag zur Lösung der humanitären Katastrophe in Griechenland zu leisten.

Begründung der Dringlichkeit: Die Situation in Griechenland spitzt sich mit dem Brand im Camp Moria dramatisch zu. Es braucht jetzt schnelle Unterstützungsmassnahmen der Dublin-Staaten.

Antwort des Regierungsrates

Der Regierungsrat teilt in dieser Frage die Haltung des Bundes und unterstützt das Handeln sowie die Prioritäten des Staatssekretariats für Migration (SEM). Bereits am 11. September 2020, also lediglich zwei Tage nach dem verheerenden Grossbrand im Durchgangslager Moria auf der griechischen Insel Lesbos hat die Schweiz reagiert und der griechischen Regierung umgehend humanitäre Hilfe angeboten.¹

Neben der Ausrichtung von Hilfeleistungen vor Ort beteiligt sich die Schweiz zudem bei der Aufnahme von 400 unbegleiteten Minderjährigen. Das SEM hat in diesem Zusammenhang die Aufnahme von rund 20 Kindern und Jugendlichen aus dem niedergebrannten Durchgangslager in Aussicht gestellt. Der Bundesrat hat auf eine Anfrage von Nationalrätin Samira Marti (SP) vom 7.12.2020 «Unbegleitete Minderjährige aus Griechenland»² geantwortet, dass die Planung der Einreise dieser Personen im Gang sei und sie voraussichtlich noch vor Jahresende 2020 in die Schweiz einreisen könnten. Eine vollständige Umverteilung der Migrantinnen und Migranten von Moria steht auf EU-Ebene derzeit aber nicht im Vordergrund. Das primäre Ziel der Schweiz war es denn auch, unverzüglich die Unterbringung, Versorgung und den Schutz der Migrantinnen und Migranten vor Ort sicherzustellen.

Der Regierungsrat unterstützt die Haltung des Bundes, der sich auf europäischer Ebene seit Jahren mit Nachdruck für eine nachhaltige Reform des Dublin-Systems einsetzt. Eine gerechtere Verteilung der Verantwortung im Asylbereich ist unabdingbar und führt zu mehr Solidarität. Die Europäische Kommission strebt derzeit den Abschluss eines so genannten «Paktes für Migration und Asyl» an. Dieser soll neue Vorschläge über eine gerechtere Verteilung der Lasten unter den einzelnen Ländern enthalten und die Debatte über eine Dublin-Reform in naher Zukunft neu lancieren.

Sollte die EU ein Aufnahmeprogramm für Flüchtlinge aus Lesbos beschliessen und die Schweiz um eine Beteiligung anfragen, würde dies selbstverständlich geprüft, wie das SEM in seiner Medienmitteilung vom September 2020 schreibt. Der Bundesrat hätte grundsätzlich die Möglichkeit, im Rahmen von sogenannten Resettlement-Programmen Flüchtlinge direkt aus Kriegs- oder Krisengebieten aufzunehmen. Gemäss den Kriterien des Bundes zählt die Insel Lesbos jedoch nicht zu diesen Gebieten. Griechenland gehört zu jener Gruppe von Staaten, die ein Asylverfahren durchführen und den Schutz von Flüchtlingen gewährleisten können.

Der Regierungsrat erachtet es im jetzigen Zeitpunkt als nicht zielführend, beim Bund in dieser Sache vorstellig zu werden und beantragt daher die Ablehnung der Motion.

Verteiler
– Grosser Rat

¹ Medienmitteilung des Staatssekretariats für Migration (SEM) vom 11.9.2020

² <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20205963>